

Hof, 08.11.2025

CSU-Oberfranken und Hofer CSU fordern entschlossenes Handeln bei Sicherheit und Migration

Unter dem Leitthema „Sicherheitslage- regional und international“ tagte der CSU-Bezirksvorstand Oberfranken am Samstag in Hof. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus ganz Oberfranken sowie Gästen aus Polizei und Bundeswehr stand dabei die Sicherheitslage in der Region – insbesondere in Hof – im Mittelpunkt.

Bezirksvorsitzender und Staatssekretär Martin Schöffel, MdL, hatte zur Sitzung eingeladen. Gemeinsam mit der Hofer CSU um Kreisvorsitzenden Jochen Pfaff und Stadtrat Stefan Schmalfuß forderte er ein entschlossenes Handeln von Bund und Land – für mehr Sicherheit, klare Regeln und eine gerechte Verteilung von Verantwortung.

Die aktuelle Diskussion über das Stadtbild – in Hof wie auch in vielen anderen deutschen Städten – zeige, wie berechtigt diese Forderungen seien. „Viele der Probleme, die wir derzeit sehen, sind unmittelbare Folgen mangelnder Ordnung, fehlender Steuerung und zu geringer Konsequenz in der Umsetzung bestehender Regeln. Genau deshalb brauchen wir jetzt entschlossenes Handeln, klare Zuständigkeiten und ein stärkeres Bewusstsein dafür, dass Sicherheit und Ordnung die Basis jeder Stadtentwicklung sind“, heißt es aus der Versammlung. Martin Schöffel dankte den anwesenden Sicherheitskräften von Polizei und Bundeswehr für ihre erfolgreiche und engagierte Arbeit. „Dass wir im sichersten Regierungsbezirk leben, verdanken wir unserer Bayerischen Polizei und der Bundespolizei! Die Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat für Sicherheit sorgt – und dazu gibt es jeden Tag neue Herausforderungen. Wir stehen hinter unseren Polizistinnen und Polizisten und unterstützen sie nach besten Kräften. Insbesondere soll die Grenzpolizei in der Region weiter verstärkt werden“, so Schöffel.

Stefan Schmalfuß machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass Sicherheit auch eine kommunale Aufgabe sei: „Unsere Polizei und unser kommunaler Ordnungsdienst leisten hervorragende Arbeit – das verdient Anerkennung. Aber wir sehen auch: Es braucht mehr Präsenz, mehr Abstimmung und moderne Technik“, sagte er. Schmalfuß forderte, die rechtlichen Grundlagen für Videoüberwachung mit moderner Technik zu erweitern. Der Gesetzgeber müsse ermöglichen, dass KI-gestützte Systeme zur Gesichtserkennung bei Gefahrenlagen oder Straftaten eingesetzt werden dürften – selbstverständlich auf datenschutzkonformer Grundlage. „Technik soll dem Schutz der Bevölkerung dienen, nicht ihrer Überwachung“, so Schmalfuß.

Zur aktuellen Diskussion um Abschiebungen nach Syrien sagte Schöffel: „Menschen, die bei uns in Deutschland kein Aufenthaltsrecht haben, müssen konsequent und sofort zurückgeführt werden – auch und gerade nach Syrien. Hierbei unterstütze ich die Arbeit des Bundesinnenministers Alexander Dobrindt. Gerade junge Männer aus Syrien werden dort gebraucht. Wer, wenn nicht die Syrer selbst, soll dieses Land wieder aufbauen?“

Zur Diskussion um das Stadtbild in Hof ergänzte Schöffel: „Menschen, die mit einer eigenen Beschäftigung ihren Lebensunterhalt bestreiten können, sollten künftig nicht mehr staatlich alimentiert werden. In der Region gibt es zahlreiche arbeitslose Menschen und viele offene Stellen. Deswegen erwarte ich von der Agentur für Arbeit ein konsequentes Vorgehen, um mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu bringen – einschließlich harter Sanktionen, wenn Arbeitsangebote ohne triftigen Grund nicht angenommen werden. Dafür muss die Rechtslage in Deutschland geändert werden, das Bürgergeld in der vorliegenden Form gehört abgeschafft. Arbeit ist oftmals auch der Schlüssel für Integration und Ordnung – das muss auf Bundesebene wieder mehr Priorität bekommen.“

Unterstützung erhielt Schöffel von Thomas Silberhorn, MdB, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, sowie Holger Dremel, MdL, der im Landtag den Ausschüssen für Innere Sicherheit und Kommunale Fragen angehört. Beide betonten, Bund, Land und Kommunen müssten noch enger zusammenarbeiten, um Migration zu steuern und Kriminalität effektiv zu bekämpfen.

Zugleich brauche es klare Regeln und Konsequenzen in der Integrationspolitik, ergänzte Schmalfuß. „Wer hier lebt, muss sich an Regeln halten. Wer arbeitet, Sprache lernt und sich einbringt, ist willkommen. Aber wer straffällig wird, Arbeitsangebote ablehnt oder Leistungen missbraucht, muss Konsequenzen spüren. Hier ist der Bund gefordert, endlich durchgreifende Regelungen zu schaffen.“

Beide CSU-Vertreter machten deutlich, dass die Kommunen bei dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden dürfen. Der Freistaat Bayern habe mit den Stabilisierungshilfen in den letzten Jahren und auch heuer seine Unterstützung gezeigt – dafür gelte Dank. „Doch gerade für Städte wie Hof reicht das nicht aus. Es braucht nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch eine Entlastung bei den Aufgaben, die in den letzten Jahren auf die Kommunen übertragen wurden – vor allem von der Bundesebene. Schon das würde uns wieder Luft zum Atmen geben“, sagte Schmalfuß.

„Sicherheit, Ordnung und Zusammenhalt gehören zusammen. Das ist die Grundlage für ein starkes Bayern – und für lebenswerte Städte in Oberfranken“, so Schöffel und Schmalfuß abschließend.